



Manifest für Europa im 21. Jahrhundert

- ❖ Europa ist der Ort der Freiheit, der Toleranz und des Friedens, Voraussetzungen für die Kohärenz einer multidimensionalen Gesellschaft. Es ist Hort der Zukunft und der Kultur für unsere Nachkommen.
- ❖ Nationalismus ist der größte Gegenspieler des europäischen Integrationsprojekts. Seine Überwindung kann jedoch nicht alleine durch vertikale Integration erreicht werden, sondern muss verstärkt jene Prozesse in den Blick nehmen, die horizontal erfolgen. Horizontale Europäisierung schafft eine europäische Gesellschaft, die nationalstaatliche Barrieren zu überwinden und nationalistische Denkstrukturen dauerhaft zu durchbrechen vermag.
- ❖ Das europäische politische System ist gekennzeichnet durch einen Mangel an demokratischer Legitimation und Transparenz. Die Beteiligung der BürgerInnen an den politischen Entscheidungsfindungsprozessen ist mangelhaft und direktdemokratische und/oder repräsentative Elemente beschränkt. Ein lebendiges und erfolgreiches Europa bedarf der Mitgestaltung seiner BürgerInnen – eine Verbesserung ihrer politischen Beteiligungsmöglichkeiten und der Transparenz muss stärker in Angriff genommen werden, um Europas Demokratiedefizit aufzuheben. Die Überwindung der nationalen Grenzen ist zum greifbaren Erfolg Europas geworden.
- ❖ Das Europäische Parlament muss in seiner Rolle gestärkt, und stärker in die die wichtigen Entscheidungsfindungsprozesse miteinbezogen werden. Der Vertrag von Lissabon hat einen ersten wichtigen, aber nicht ausreichenden Beitrag hierfür geleistet. Als einziges direkt demokratisch gewähltes Organ müssen die Kompetenzen des Parlaments auf politische Schlüsselbereiche, wie die Finanz- und Wirtschaftspolitik ausgeweitet werden.
- ❖ Europa befindet sich in einer fundamentalen Orientierungskrise ohne langfristige Strategien für die Zukunft des europäischen Integrationsprojekts. Größte Bedeutung kommt hier den Wissenschaften zu, einen wichtigen Beitrag zu einer Definition zu leisten, welchen Weg Europa einschlagen möchte, und welche Pfade es dafür beschreiten muss.

- ❖ Europas wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit muss erhöht werden. Die Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, ihrem politischen Zugeständnis Rechnung zu tragen, 3% des Europäischen BIP in Forschung, Entwicklung und Innovation zu investieren. Die gegenwärtige Krise dient vielen Staaten als Anlass, ihre Forschungs- und Entwicklungsbudgets zu kürzen. Diese Bereiche sind jedoch essentiell für Europas mittel- und langfristige Entwicklung und internationale Konkurrenzfähigkeit.
- ❖ Die Rolle von Bildung und Wissenschaft für die Gestaltung und Zukunft des europäischen Projekts muss bewusster wahrgenommen werden. Die stärkere Verankerung europäischer Themen in die Bildungs- und Wissenschaftsstrukturen muss erklärtes Ziel aller Staaten sein, um heute den Grundstein für jenen europäischen Bürger zu legen, der später Europa tragen wird.
- ❖ Europa ist mehr als nur Politik. Die Wissenschaften, Künste und Religionen bereichern Europa; ihre Freiheit muss zu jeder Zeit geschützt und gewährleistet sein und ihr wichtiger Beitrag für Europa und seine Gesellschaft anerkannt werden. Die europäischen Bürger sind gemeinsam zur Gestaltung unserer europäischen Zukunft in der Überwindung der Vergangenheit verstärkt zu motivieren. Bekämpfung der Armut und Förderung der Arbeit sind dabei eine Priorität.

Brüssel, 5. Dezember 2012

Für die Akademie:

Felix Unger
Präsident EASA.

Konrad Meßmer
Dekan EASA

Stefan Schepers
Soc. Acad.

Werner Weidenfeld
Rektor Alma Mater Europaea

Kommentar zum Manifest

Die Europäische Integration hat den Kontinent ‚Europa‘ grundlegend verändert. Erstmals in der Geschichte ist Gesamteuropa friedlich vereint. Die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben umfangreiche Entscheidungskompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene verlagert und nehmen diese nun gemeinsam wahr. Ihre Bürger leben in einem Europa, in dem nationalstaatliche Grenzen überwunden sind. Der Europäische Binnenmarkt schafft Absatzmöglichkeiten und damit Arbeitsplätze - auch über die EU selbst hinaus. Weltweit gilt die Europäische Union als Vorbild für die gelungene Transformation von Konflikt, Misstrauen und Krieg hin zu Frieden, Vertrauen und Einheit.

Gleichwohl prägen Krisenszenarien das derzeitige Bild der Europäischen Union. Die Begriffe ‚Euro-Krise‘, ‚Europa-Krise‘ und ‚Europäische Währungs Krise‘ begegnen einem tagtäglich in den Schlagzeilen. Allgemeine Ratlosigkeit scheint zu herrschen, über die Lösung der aktuellen Krise, die grundsätzliche Zukunft des Euro und der Europäischen Union. Das wirtschaftliche Krisenszenario ist jedoch nicht die einzige Herausforderung, die Europa aktuell zu bewältigen hat. Vielmehr werden dadurch drei andere grundlegende Krisen erneut akut, die man durch den Vertrag von Lissabon überwunden geglaubt hatte:

Zum einen ist hier die fundamentale *Legitimationskrise* der europäischen Politik gegenüber ihren Bürgern zu nennen. In den Entscheidungsstrukturen der EU finden sich nach wie vor zu wenige direktdemokratische oder repräsentative Elemente. Auch die Möglichkeit einer Europäischen Bürgerinitiative hat hier keine nachhaltige Abhilfe geschaffen. Zudem ist die Erhöhung der Transparenz europäischer Verfahren nicht so gelungen, wie man vom Vertrag von Lissabon erhofft hatte. Der Rat tagt zumeist unter Ausschluss der Öffentlichkeit und die Entscheidungsfindung ist für den Bürger nicht nachvollziehbar. Hinzu kommt die weitere Technokratisierung des politischen Entscheidungsprozesses, der von hektischem Krisenmanagement getrieben wird. Die mangelnden Beteiligungsmöglichkeiten und die Probleme bei der Transparenz kommen aufgrund der Defizite europäischer Politik mehr denn je zum Tragen und werfen wieder einmal die Frage nach der Legitimation europäischer Politik auf.

Dies wird grundiert von einer Entwicklung, die als *Orientierungskrise* zu bezeichnen ist. Die Nationalstaaten betreiben rein situatives Krisenmanagement und sind nicht in der Lage auch nur eine mittelfristige Strategie zu entwickeln, welche Orientierung bietet, wie es mit der Europäischen Integration weiter gehen soll. Innerhalb der Eurozone wehren sich die wirtschaftlich starken Staaten gegen die Einrichtung dauerhafter Transfermechanismen, während die Nehmerländer eine Hierarchisierung der Beziehungen fürchten, die ihre politischen Entscheidungsmöglichkeiten dauerhaft einschränken könnte. Einige der Mitgliedsstaaten wiederum, die den Euro nicht eingeführt haben, fürchten eine Zwei-Klassen EU mit der Eurogruppe im Zentrum und allen anderen an der politischen Peripherie. Das reaktive Krisenmanagement schürt damit einerseits Misstrauen innerhalb Europas und hat andererseits langfristige Konsequenzen, die in ihrem Umfang noch gar nicht zu überblicken sind.

Die dritte Krisen-Dimension betrifft die *institutionelle Ebene* der EU. Der Vertrag von Lissabon hatte umfangreiche Reformen mit sich gebracht, die insbesondere die stärkere Einbeziehung des Europäischen Parlamentes vorsehen. Das Parlament wurde in den meisten Politikfeldern zum Mitentscheider gemacht. Aktuell zeichnet sich jedoch ab, dass das Parlament sowie auch die Kommission in wichtigen Politikbereichen, wie der Finanz- und Wirtschaftspolitik, keine Schlüsselposition einnehmen. Die Staats- und Regierungschefs treffen ihre Entscheidungen auf intergouvernementaler Ebene und umgehen die Reformen des Lissabon-Vertrags durch außervertragliche Regelungen in zentralen Politikfeldern. Damit wird die bereits latent bestehende Vertrauenskrise verstärkt. Ebenso wird die Legitimationskrise forciert, da das Europäische Parlament als einzig gewähltes europäisches Organ umgangen wird.

Europas Krise lässt sich also nicht kleinreden. Die Geschichte der Europäischen Integration hat jedoch auch gezeigt, dass Europa bisher aus jeder Krise gestärkt hervorgegangen ist. Hierfür bedarf es jedoch strategischer Reflexion, von der derzeit leider nichts zu sehen ist. Es ist die vornehme und dringliche Aufgabe der Wissenschaftler und Intellektuellen, hier einen Beitrag zu leisten. Sie müssen den Finger in die Wunde legen und die grundlegenden Fragen, die angesichts der akuten wirtschaftlichen Krise aus dem Blick geraten sind, auf die Tagesordnung bringen. Sie müssen ausgetretene Pfade verlassen, scheinbar gesetzmäßige Praktiken hinterfragen und damit das notwendige intellektuelle Korrektiv zum Status Quo bieten. Als unabhängige und kritische Denker müssen sie die strategisch-normativen Fragen in den Blick nehmen und den Fokus auf politische, soziale und kulturelle Aspekte richten, die im Sog der wirtschaftlichen Krise schlichtweg übersehen werden. Zuletzt war der europäische Integrationsprozess im Rahmen der Debatte um die europäische Verfassung und deren Scheitern vom Input der Wissenschaft begleitet. Die schmalen Ergebnisse, die nach der damals ausgerufenen ‚Reflexionsphase‘ erzielt wurden, ließen die Intellektuellen jedoch vermeintlich ermüden, obwohl die Ergebnisse auch gezeigt haben, dass die Frage nach der Ausrichtung der EU noch nicht abschließend beantwortet ist.

Bisher wird versucht, auf die Legitimationskrise vor allem durch Kommunikationsmaßnahmen zu reagieren, die sich an PR-Strategien orientieren. Das Krisenmanagement zielte darauf ab, einen weiteren Verlust an Legitimation zu verhindern. Transparenz und Beteiligung als Legitimationsgrundlagen werden jedoch kaum in den Blick genommen – im Gegenteil: sie scheinen eher als hinderlich angesehen zu werden. Der Wissenschaft kommt hier eine kommunikativ-mediale Aufgabe zu, die Debatten auf europäischer Ebene kritisch aber fair zu begleiten, europäische Politik zu vermitteln und zu hinterfragen und damit den Diskurs zwischen Gesellschaft und Politik in Gang zu bringen und zu moderieren. Europa hat nur als demokratisches Gemeinwesen eine Zukunft. Dazu bedarf es auch einer intellektuell vitalen europäischen Debattenkultur.

Gleichzeitig gilt jedoch, dass europäische Politik immer durch eine gewisse Komplexität gekennzeichnet sein wird. Europäische Themen müssen daher nachhaltiger in den Bildungs- und Wissenschaftsstrukturen verankert werden, um die europapolitischen Kompetenzen zu stärken und damit einen indirekten Beitrag zu Verbesserung von Transparenz zu leisten.

Um die Orientierungskrise zu überwinden und die Herausforderungen der Zeit in eine Stärkung Europas zu transformieren, bedarf es strategischen Denkens und Handelns. Die Wissenschaften sind aufgerufen, das hier vorherrschende wirtschaftlich fokussierte Krisenmanagement politisch zu hinterfragen. Es geht um eine Problemdefinition, die auch die grundlegenden politischen Herausforderungen, vor denen Europa steht, wieder in den Blick nimmt. Nur auf dieser Basis ist es möglich, eine nachhaltige Lösungsstrategie inklusive einer Vorausschau der Konsequenzen zu entwickeln, an der sich Europa langfristig orientieren kann.

Auch die Institutionenkrise kann durch kritisches Hinterfragen und eine ehrliche Selbstreflexion überwunden werden. Europa braucht mehr denn je konstruktiv kooperierende Institutionen.

Europa ist ein Ort der Freiheit und des Friedens und darf nicht nur auf Bankenkrise, Staatsschulden und Bail-outs reduziert werden. Was Europa jedoch fehlt, ist eine vertrauensschaffende Strategie, eine Vision an der sich europäische Politik orientieren kann und welche die politisch normative Dimension mit einbezieht. Es fehlen Antworten auf die Frage wo Europa hin will und wie der Weg dorthin beschritten werden kann. Es fehlt eine europäische Debatte, die Antworten auf diese Fragen sucht und damit die Voraussetzungen schafft, dass auch diese Krise zu einer Chance wird, die Europa stärker als zuvor macht. Der Wissenschaft kommt eine besondere Rolle zu, diese Defizite anzusprechen und dazu beizutragen, sie zu beseitigen.

Unterzeichner

Koordinatoren und Verfasser

Felix Unger • Werner Weidenfeld • Konrad Meßmer • Stefan Schepers

Maria R. Altenburg • Alfonso Andria • Tibor Asbóth • Reinhard Aufschnaiter •
Günther Bader • Ján Bakoš • Velimir Baltezarević • Michael Beintker • Wilfried
Bergmann • France Bernik • Pavle Bogetic • Thomas Brandt • Nedjan
Bratasevec • Fritz Breuss • Marko Brezigar • Stefan Brunnhuber • Peter Buckel •
Jozef Bulla • Erhard Busek • Vladimir Buzek • Zlatko Četinc • Igor Čolaković •
Maurizio Luigi Cumo • Robert von Dassanowsky • Julio De Nadal • Momir Djurović
• Jörg A. Draeger • Maria Eder • Hannes Ehrhardt • Olga Erdelská • Reinhard
Fatke • Georg Färber • Monika Fioreschy • Jakob Förg • Emmanuel G. Fragoulis
• Ingrid Franz • Emmanuel E. Gdoutos • Ágnes Gerdelics • Ferenc Glatz • Jean-
Mathias Goerens • Klaus Habetha • Birgit Harreß • Ervin Hartman • Wolf D.
Hartmann • Erich Hödl • Peter Hommelhoff • Andrej Ivanuša • Rudolf Janoschek
• Tālavš Jundzis • Beno Jorjovec • Ivars Kalvins • Vlado Kambovski • Yücel
Kanpolat • John Katsikadelis • Hermes Kick • Paul Kirchhof • Gerhard Kollaritsch
• Anton Končnik • Edgar J. Korherr • Irena Kos • Zoran Kovačević • József Kriston
Vízi • Muhamedin Kullashi • Reiner Kümmel • Ulrich Kunze • Lubica Lacinova •
Walter G. Land • Mojca Leguart • Ioannis Liritzis • Štefan Luby • Martina Lubyova
• Constantin Octavian Luca • Armando Luches • Ladislav Macho • István
Madarassy • Eva Majkova • Aiman A. Mazyek • Hans Joachim Meyer • Stefan
Mihina • Svetislav Milovanović • Dragoljub Mirjanić • Gerhard Mockenhaupt • +
Heinrich Mussinghoff • Christos Mylonopoulos • Adriana Nagdovsky • Rade
Nedeljković •

Simon Neglič • Velimir Neidhardt • Eugene Nickolov • Gabriela Nosalova • Peter Oberender • Nikola Obradović • Stanislaw Olszewski • Fritz Paschke • Horst Pietschmann • Franci Pivec • Jan Plesník • Franci Pliberšek • Momir Polenakovik • Peter Polterauer • Thorsten Posselt • Albin Prinz • Christopher Provatidis • mons. Želimir Puljić • Dietmar Pum • Reinhard Putz • Dušan Radonjić • Sotirios Raptis • Julius Rajčáni • Helmut Reinalter • Matjaž Ribaš • Herbert W. Roesky • Viera Rosová • Krešimir Sajko • Georg Salem • Peter Samuely • Christoph Schäfer • Günter R. Schmidt • Anton Spolar • Janis Stradins • Joseph Straus • George E. Theodorou • Oto Težak • Ludivk Toplak • Jochen Tröger • Igor Tunyi • Christian F. Vahl • Janez Valic • Stanivlav Vehovec • Viktorija Vehovec • E. Sylvester Vizi • Franz Vranitzky • Manfred Wagner • Hans Waldenfels • Egon Wetzels • Peter A. Wilderer • Edmund Willinger • Dietmar W. Winkler • Karlheinz Wurster • Arthur George Weidenfeld • Rado Wutej • Jože Zadavec • Tadeusz Zasepa • Davor Žic • Rado Žic • Jan Zima • Otmar Zorn.